

Wie steht es gegenwärtig um die Hochkonjunktur, die sich nach wie vor bewegt auf dem gewaltsamen Niederhalten, Ausschalten Deutschlands, Japans als kapitalistische Konkurrenten?

Der zahlungsfähige Aufholbedarf ist zu einem bedeutenden Teil befriedigt. Nach dauerhaften Konsumgütern herrscht noch grosse Nachfrage, dagegen hat in den nicht dauerhaften Konsumgütern die Periode der harten Konkurrenz bereits eingesetzt; auf dem Textilmarkt z.B. ist eine gewisse Sättigung erreicht - berichtete die NZZ, 5.1., Morgenausgabe, aus USA. Am 17.1., Morgenausgabe, berichtete sie, dass die Preise zahlreicher nicht dauerhafter Konsumgüter wie Nahrungsmittel, Frauenbekleidung zu sinken beginnen.

Ein sehr grosser Teil des Absatzes wird überhaupt nur verwirklicht durch Kredite insbesondere der USA-Bourgeoisie. Die alten Anleihen sind in beträchtlichem Masse schon verbraucht. Die neuen Anleihen haben einen viel beschränkteren Charakter.

Die Rüstungsproduktion geht in bedeutendem Umfang noch immer weiter. Das amerikanische Ausgabenbudget für 1947/8 (37 5/10 Mill. Doll.) sieht fast ein Drittel davon (11 7/10 Md. D.) an Ausgaben für die Armee vor. England hat noch immer 1 3/10 Millionen Mann unter Waffen und 600.000 Arbeiter in Rüstungsfabriken (Basler Nationalzeitung 22.1. Abendausgabe). Den gewaltigen Rüstungsbedarf der chinesischkapitalistischen Armee deckt die amerikanische Industrie. Frankreich führt in Indochina Krieg; Mitte Januar hatte es dort bereits eine reguläre Armee von 116.000 Mann und 15.000 "Partisanen" (St.Gallerzeitung, 20.1. Morgenausgabe); weitere Truppen- und Rüstungstransporte dahin sind auf dem Weg.

Um die englischen Arbeiter zu erhöhter Arbeitsleistung für das Kapital zu bewegen, sagt die Labourregierung in ihrem Aufruf: "Die alte Furcht vor einer langfristigen Wirtschaftsdepression und Arbeitslosigkeit gehört der Vergangenheit an" (Volksrecht, 21.1.). Sie lügt. Die Hochkonjunktur beginnt sich zu erschöpfen. Die gesamte Politik der Weltbourgeoisie dreht sich heute um die Hauptachse: wie die nahende Weltwirtschaftskrise vermeiden (in Wirklichkeit: verschieben), wie die Prosperität verlängern?!

Die USA-Bourgeoisie erblickt, erstrebt die Hauptlösung dafür jetzt in China. Es soll zum gigantischen Anlagemarkt werden für das amerikanische Kapital, das dort Hunderttausende Kilometer Eisenbahn, Strassen, Brücken, Gebäude usw. bauen, Bergwerke erschliessen, Fabriken errichten, betreiben will. Dort winkt ein 500-Milliarden-Dollar-Geschäft, dort winken den Industrie-, Bank-, Handels-, Monopolkapitalisten Amerikas wachsende Riesenprofite für mehrere Jahre.

Doch um dieses Riesengeschäft ernst in Angriff zu nehmen, dazu bedarf die USA-Bourgeoisie eine "Ruhe und Ordnung" in China, die dort das Mehrwetterzeugen und Profitrealisieren den amerikanischen Kapitalisten tatsächlich sichert, jetzt und für genügend lange, für möglichst lange Zeit. Dazu müssen insbesondere drei Vorbedingungen erfüllt sein:

1.) Die selbständige Militärgewalt der Stalinchinesen muss verschwinden; sie müssen sich einordnen, unterordnen der chinesischen "Nationalarmee"; es darf dort nur eine dem USA-Imperialismus voll verlässliche chinesischkapitalistische Armee geben.

2.) Jede selbständige stalinchinesische Regierungs- oder auch nur Verwaltungsmacht muss verschwinden; es darf dort nur eine "nationale Regierung", "nationale Verwaltung" geben, d.h. eine dem USA-Imperialismus voll verlässliche chinesischkapitalistische Regierung, Staatsmaschine, Verwaltungsmaschine, im Staatsmasstab, und auch in jeder Provinz ohne Ausnahme.

3.) Die Mandschurei mit ihren Rohstoffquellen, Bergwerken, Fabriken - hier lag der Schwerpunkt der japanischen Industrie - muss in die Hand kommen "Chinas", das ist der chinesischen Bourgeoisie, d.h. unter der tatsächlichen Kontrolle des amerikanischen Kapitals. Das gilt auch für Korea.

Geben die Stalinchinesen nach, so sollen sie im amerikanisch-imperialistisch orientierten Bourgeoischina mitregieren, mitverwalten, am kapitalistischen Aufbau Chinas mitwirken, d.h. mithelfen, die Lasten davon den chinesischen Massen aufzuerlegen und ihnen möglichst hohe Arbeitsleistungen bei möglichst niedrigem Lohn, bei möglichst grossem Mehrwert für die amerikanischen Kapitalisten herauspumpen; dafür sollen die chinesischen Stalinbürokraten entschädigt werden mit hohen Ehren, Würden, schönen Posten, hohem Einkommen.

Geben die Stalinchinesen nicht nach, so wird die chinesische Frage entschieden werden durch "Bürgerkrieg", d.h. tatsächlich durch Krieg der USA gegen die SU. Diesen Krieg im Dienste der USA führt bereits Tschangkaissai gegen die Stalinchinesen; er wird ihn, falls die stalinrussischen Chinesen nicht in der nächsten Zeit in genügendem Umfang kapitulieren, mit amerikanischer Unterstützung im Frühjahr auf's äusserste steigern. Der "Rückzug" Amerikas vom "Vermitteln" in China soll noch besser als bisher verlaufen, dass USA die chinesische Bourgeoisie unterstützt und noch energischer unterstützen wird, falls nicht Stalin rechtzeitig in genügendem Umfang kapituliert. Zugleich setzt die Weltbourgeoisie durch ihre Churchill und Co. ("Vereinigtes Europa", wie: Westblock gegen die SU, usw.) ihre systematischen Vorbereitungen für den Krieg in allimperialistischer Einheitsfront gegen die SU planmässig fort.

Geben die Stalinparteien der auf's äusserste gesteigerten imperialistischen Druckoffensive nach, so wird das obige, für USA eigentümlich Kompromiss geschlossen werden.

Um den stalinrussischen Herren der Stalinchinesen die Wahl zu erleichtern, sind die USA-Imperialisten zu grossen Konzessionen bereit auf Kosten der deutschen Massen. Sie sind bereit, Stalinrussland bedeutende Reparationen ausser der laufenden gesamtdeutschen Produktion zuzugestehen. Sie sind bereit, bei der Grenzziehung im europäischen Osten entgegenzukommen, das heisst im bedeutenden Umfang dem stalinischen Länderraub zuzustimmen. Ja, sie sind darüber hinaus bereit, mit sich endlich über ein Milliard markige für Stalinrussland reden zu lassen.

Soweit die deutsche Industrie im Westen noch besteht, ist sie heute in beträchtlichem Umfang in der Hand amerikanischer, englischer Kapitalisten, die die deutschen Kapitalisten als Untergesellschafter mit ins Geschäft nehmen. Damit dieses amerikanisch-englische Industriegeschäft in Mitteleuropa mit möglichst hohem Profiten von Stapel gehen soll, die deutsche Wirtschaft in ihr Wagnis hergestellt werden. Für die Zustimmung dazu soll Stalinrussland Reparationen aus der laufenden Produktion auch Westdeutschlands erhalten. Französische Zustimmung soll teils durch Konzessionen (auf Kosten der deutschen Massen), teils durch Druck erwirkt werden.

Es ist ein ungeheurer Rückzug, der vom "Singer" Stalin in China erwartet, verlangt wird. Es geht nicht nur darum, die Positionen des russischen Nationalismus in China (Mandschurei, Korea inbegriffen) zu räumen. Es geht um weit mehr. Denn tatsächlich würde dadurch das

im Süden völlig ungeschützte Ost- und Mittelsibirien, samt dem Zutritt Risslands zum Stillen Ozean, dem amerikanischimperialistischen Zugriff preisgegeben. Wenn die russische Stalinbürokratie, um ihre Parasitenrolle weiter fortsetzen zu können, hier nachgibt, so wird sie in nicht langer Zeit dem USA-Imperialismus unter noch weit schlechteren Bedingungen gegenüberstehen als - durch ihre antirevolutionäre Politik - schon heute. Die imperialistischen Banditen von USA (und England) werden dann den Krieg gegen Sowjetrussland führen können nicht nur wie schon heute mit dem deutschkapitalistischen und japanischkapitalistischen, sondern auch mit dem bis dahin gewaltig verstärkten chinesischkapitalistischen Degen.

Kann die russische Stalinbürokratie so weit gehen? Die Interessen der russischen, chinesischen, deutschen, französischen, italienischen, usw. Massen, die Interessen des Weltproletariats preiszugeben, zu verraten, um die stalinschmarotzerische Machtstellung weiter zu behaupten, dazu war sie, ist sie, wird sie immer bereit sein. Allein kann die russische Stalinbürokratie so weit gehen, dass sie, um sich eine Zeitlang weiter zu behaupten, ein Kapitulationskompromiss schliesst, das auch entscheidende Interessen des russischen Nationalismus preisgibt, d.h. entscheidende Interessen der neuen russischen Bourgeoisie? Diese ist zwar noch immer gezwungen, getarnt aufzutreten (auf dem rechten Flügel der Stalinbürokratie und um ihn herum), aber dank der Auswirkungen der Stalinpolitik arbeitet sie sich immer weiter vor und sieht heute im Fernen Osten eine Hauptquelle ihrer künftigen Riesenprofite. Diese Kapitulation müsste die Stalinbürokratie noch mehr isolieren und zugleich ihre innern Widersprüche bedeutend steigern.

Die gegenwärtige weltpolitische "Entspannung", die die Profitjäger und deren Lakaien so sehr befriedigt, gründet sich auf Stalins Kapitulationsbereitschaft, die ihrerseits der erste grosse Erfolg der Druckoffensive, die die angelsächsischen Imperialisten gegen die SU immer mehr steigerten und immer weiter vortreiben. "Sieger" Stalin liegt in Wirklichkeit auf dem Bauch. Die amerikanischen und englischen Imperialisten kennen die wahre Lage in Russland, sie kennen das wahre Verhältnis der russischen Massen zum Parasiten Stalin und seiner bürokratischen Bande. Nur der Übergang zur Politik der internationalen proletarischen Revolution würde den Ausweg öffnen aus der tödlichen Sackgasse, in die die stalinsche Bürokratie Sowjetrussland hinein "gesiegt" hat. Diesen Weg kann die Stalinbürokratie als Ganzes nicht gehen. Es bleibt ihr daher nur der Weg der Teilkapitulation.

Der Kroml ist in der Tat zu g r o s s e m Rückzug bereit. Doch die USA-Bourgeoisie braucht des Kromls s e h r grossen Rückzug!.. Die stalinsche Kapitulation muss so gross sein, dass sie das profitable Ahlegen, Betreiben riesiger amerikanischer Kapitalien in China möglich macht; so gross, dass dadurch die kapitalistische Prosperität genügend verlängert wird. Nur mit einem solchen Kapitulationskompromiss können sich die USA-Imperialisten - vorläufig! - zufrieden geben. Ob die stalinsche Kapitulationsbereitschaft bis zu dem s e h r grossen Umfang geht, den das Profitbedürfnis der USA-Bourgeoisie fordert - die Moskauer Konferenz im März wird es zeigen. -

Der amerikanische Stahltrust kam der Stahlarbeitergewerkschaft (Ustw) bei der Revision und Neuklassierung der Arbeiter, Angestellten entgegen (was diesen eine jährliche Lohnerhöhung von 17 M.D. und rückwirkende Lohnzahlungen von 32 Millionen Dollar einbrachte; dadurch erlangte er deren Zustimmung zur Verlängerung des Mitte Februar ablaufenden Lohnabkommens bis Ende April. Das hängt mit der Moskauer Konferenz aufs engste zusammen. Öffnet die stalinsche Kapitulation den Weg zu neuen, wachsenden Profiten für die USA-Bourgeoisie, so wollen die Stahlmagnaten über die Lohnforderungen der Metallarbeiter mit sich reden lassen.

Diese verlangen: 25% höhere Geldlöhne; Bezahlung der Portal-to-Portal-Ansprüche; ein weitgehendes Wohlfahrts- und Krankenfürsorge-Programm. Ähnliche Forderungen der UAW (Autogewerkschaft) und der Eisenbahnergewerkschaften stehen auf der Tagesordnung. Auch über die Forderungen der Kohlenrubenarbeiter wird jetzt die letzte Entscheidung fallen. Sehr wahrscheinlich, dass auch hier die Unternehmer aus den selben Erwägungen die Entscheidung bis Ende April verschieben werden, um abzuwarten, ob der Krenl bis dahin in genügendem Umfang in der chinesischen Frage kapitulieren wird. Die Gewerkschaftsbürokratie ist der Verschiebung wohlgesinnt; sie arbeitet darauf hin, die Ausbeuter für eine "Lohnerhöhung" zu gewinnen durch "Verbesserung der Produktion", lies: durch Arbeitsintensivierung, durch Steigerung der Ausbeutung...

Das innenpolitische Ringen zwischen der "Republikanischen und der Demokratischen Partei, d.h. zwischen der monopolistischen und der nichtmonopolistischen Bourgeoisie, darf nicht darüber täuschen, dass sie sich aussenpolitisch auf ein und derselben imperialistischen Linie bewegen, ganz besonders in der chinesischen Frage. Man darf sich durch die "antiimperialistischen" Schaumschlägereien von Roosevelt jun. und durch die Tricks von Wallace nicht irreführen lassen. Dieser ist abkommandiert, um durch gerissene Manöver (in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaftsbürokraten) die Gründung einer selbständigen Labourparty zu verhindern und die Arbeiter im erforderlichen Augenblick (nämlich bei der Präsidentenwahl im Herbst 1948) hinter die Demokratische Partei ins Schlepptau zu reissen. -

Die Bemühungen des Krenl, England von USA zu lösen, haben keine ernste Aussicht. Sie bieten bestenfalls den Pfundimperialisten die nicht unerwünschte Gelegenheit, ihre Position im Verhältnis zu den Dollarimperialisten etwas zu verbessern. Dagegen winkt den Bemühungen Englands, Frankreich mittels einer Militärallianz fester an die tatsächliche amerikanisch-englische Militärallianz zu binden, grosse Aussicht; die französischen Imperialisten "sträuben" sich nur, um grössere Vorteile für sich herauszuholen. -

Der englische Warenhauskonzern Woolworth weist für 1946 einen Reingewinn von 9 1/10 Mill. Pfund aus, gegenüber 1 9/10 in 1945 (N.Z.Z. 23.1., Morgenausgabe). Wenn man bedenkt, dass die Gewinnsteigerung, der wirkliche Gewinn noch bei weitem grösser, kann man sich eine Vorstellung machen, welche phantastischen Gewinne die englischen Ausbeuter machen - unter der glorreichen "Arbeiterregierung" der Labourparty, die mit ihrem "Sozialismus für Alle" in Wahrheit den Staatskapitalismus aufbaut. Tatsächlich betätigen sich LP, SP, KP, Gewerkschaftsbürokratie mit ihrer (kapitalistischen) Nationalisierung insbesondere in Europa, als Bahnbrecher des Staatskapitalismus, unter heuchlerischem Gerede von "Sozialismus" zum Täuschen der Massen. Für die Kapitalisten ist der labouristische "Sozialismus" sehr ertragreich. Dagegen spüren wachsende Arbeitermassen die Wirkungen der labouristischen Verratspolitik immer deutlicher am eigenen Leib. Sie sind nicht mehr bereit, der Labourregierung, LP, Gewerkschaftsbürokratie blinde Gefolgschaft zu leisten, wie bisher. Das zeigt der Streik der Transportarbeiter.

Die Tatsachen sprechen in der Tat eine deutliche Sprache. Zuerst liess die "Arbeiterregierung" verbreiten, der Streik gefährde die (kapitalistische) Wirtschaft. Dann setzte sie gegen die Streikenden Truppen als Streikbrecher ein. Doch die Welle der proletarischen Solidarität begann so rasch, so mächtig um sich zu greifen, dass die Judasse die Truppen schnell zurückzogen und die Unternehmer die Forderung der Streikenden annahmen (Einführung der 44-Stundenwoche ohne Lohnsenkung anstelle der bisherigen 48-Stundenwoche und bezahlter Urlaub

von 14 anstatt wie bisher 7 Tagen). Der von der Regierung gebildete "gemeinsame Industrierausschuss" der Unternehmer und der Gewerkschaftsbürokratie musste nun selbst - entgegen dem frühern Lügengeschrei der Kapitalisten und ihrer "Arbeiterregierung" - die Forderungen der Transportarbeiter als "durchaus gerecht" bezeichnen (N.Z.Z., 26.1.).

Trotzdem setzt die Labourregierung ihre Offensive gegen die Arbeitermassen zugunsten der Profitmacher fort. Der Labourminister Shinwell fordert Steigerung der Arbeitsleistung in allen Industriezweigen, "sonst müsse das Labourregime zusammenbrechen" (N.Z.Z., 20.1., Abendausgabe). Das Weissbuch der Labourregierung erklärt, die Lage der englischen Industrie sei "so ernst", dass sie nur durch Leistungssteigerung gebessert werden könne; weitere Lohnerhöhungen könnten nur bei gesteigerter Arbeitsleistung gewährt werden" (Volksrecht, 21.1.). Der Labourminister Crips tritt auf gegen höhere Löhne, gegen eine kürzere Arbeitszeit (Tagesanzeiger, 31.1.). In einem Aufruf legt die "Arbeiterregierung" das Hauptgewicht auf die "verstärkte Arbeitsleistung pro Arbeitsstunde" als Voraussetzung der Lohnerhöhung (Volksrecht 21.1.). 20% höhere Arbeitsleistung, 20% mehr Arbeitskraft hergeben lassen, d.h. die Arbeitszeit tatsächlich um 20% verlängern, und dafür die Geldlöhne um 10% erhöhen, das war und ist der Gaunertrick des Dollarmilliönärs Ford und seinesgleichen. Hier jedoch (und wie in England, so in Frankreich und in vielen andern Ländern) wird die Fordsche Gaunerei praktiziert von LP, SP, KP, Gewerkschaftsbürokratie, ihren Ministern, ihren Regierungen. Diese "Arbeiterpartei" samt ihren Gewerkschaftsbürokraten, Ministern, Regierungen fungieren in Wirklichkeit als gerissene Werkzeuge der Ausbeuter gegen die Arbeitermassen.

Doch die Zeit beginnt, wo sie immer mehr ins Gedränge kommen werden, da ihre Taten ihre Heuchlerworte immer handgreiflicher, immer deutlicher Lügen strafen und immer grössere Massen das Gaunerspiel immer mehr durchschauen werden. Schon sind die englischen Bauarbeiter in Bewegung geraten und wieder schreit die "Arbeiterpartei", die "Arbeiterregierung", das werde die Baukosten erhöhen. Die Riesenprofite der Baukapitalisten herunterzudrücken, damit die Bauarbeiter menschenwürdig leben können, davon wollen die Bourgeoislakaion, diese politischen Schmarotzer am Leib der Arbeiterklasse, nichts wissen. Der Kapitalistenklasse auf Kosten der Massen helfen und dafür möglichst grosse Trinkgelder in Gestalt von schönen Posten, hohem Einkommen, Würden, Ehren einzustreichen, das ist die wirkliche Linie der Judasse, die ~~ihre~~ in "Arbeiterpolitik", "Sozialismus", "Kommunismus" machen, um ihre Person emporzuschrauben auf dem Rücken, auf Kosten der Massen.

Als Ziel versprach das Labourprogramm erhöhten Lebensstandard "für alle" und insbesondere den Arbeitern eine wesentliche Verbesserung ihrer Lebensbedingungen. Als Weg dahin betrieb, betreibt die LP samt ihrer Labourregierung "Sozialismus" unter prinzipieller Wahrung des Profits der englischen Bourgeoisie, garantiert durch Weiterbelassen der zwei Hauptquellen der kapitalistischen Macht in den Händen der Kapitalistenklasse. Um das Lebensniveau der Massen zu steigern, will die LP mit ihrer "Arbeiterregierung" die Produktion steigern. Doch auf Grundlage ihrer kapitalistischen Nationalisierung (Verstaatlichung) der entscheidenden Produktionsmittel, auf Grundlage ihrer kapitalistischen "Planwirtschaft" (Planwirtschaft - unter grundsätzlicher Wahrung des Profits der englischen Bourgeoisie!) kann sie das auf die Dauer nur auf Kosten der Massen, durch Steigern der Ausbeutung der Arbeiterklasse: so wie sie es z.B. jetzt zu erreichen sucht durch "Steigern der Arbeitsleistung", das ist durch Intensivieren der Arbeit (was nur eine andere Form des Verlängerns der Arbeitszeit), also durch Niederhalten, Senken des Reallohns der Arbeitermassen. Dieser Grundwiderspruch der gesamten Labourpolitik war von vornherein da, jetzt aber beginnt er den Massen fühlbar, sichtbar zu werden!

Das Profitbedürfnis der englischen Bourgeoisie fordert, dass der aus den Arbeitern Englands ausgepresste Mehrwert durch Verkauf der Waren zu Preisen realisiert werde, die den englischen Kapitalisten genügende Profite sichern. Das Verlangt einen profitablen Export in grossem, ja gesteigertem Umfang, also das Fortsetzen des englischen Imperialismus. Die nahende Weltwirtschaftskrise bedroht diesen Export. Um diese wachsenden Schwierigkeiten auch nur zeitweilig zu überwinden, wird daher der labouristische Sozialismus, dieser "Sozialismus" in den Grenzen des Profits der Kapitalistenkasse, die imperialistische Raubpolitik steigern. Auch das wird je weiter desto deutlicher zutage treten. Labourpolitik, Labourparty, Labourregierung, samt ihrer Gewerkschaftsbürokratie, müssen je weiter desto mehr in Widerspruch geraten zu wachsenden Massen der englischen Arbeiterklasse. Die Labourillusionen beginnen zu zerflattern. Der Labournebel beginnt zu weichen. Die englischen Arbeitermassen beginnen klar zu sehen. Das wird die Entwicklung des Bewusstseins der Arbeiter Europas, ja der ganzen Welt fördern, ihren Kampf beflügeln. -

In Stalinrussland hat sich die Lage der Massen weiterhin verschlechtert; ihre kärgliche Versorgung wurde noch mehr eingeschränkt. Die Dürre im Wolgagebiet mag dazu beigetragen haben. Aber die Hauptursache liegt in der antirevolutionären Stalinpolitik, die Sowjetrussland, die russischen Massen in diese katastrophale Kriegsniederlage geführt. Die stalinschen Räubereien, Plünderungen in Rumänien, Ungarn, Oesterreich, Deutschland, usw haben das den russischen Massen eine Zeitlang verschleiert; aber nun beginnen sie die durch die Stalinbande verschuldete Katastrophe mit voller Wucht zu spüren. Der Groll, die Wut der russischen Massen gegen die Stalinbürokratie wächst. Dennoch: auf Kosten der russischen Massen, der Weltmassen überhaupt sich weiter an der Macht und der voll gefüllten Futterkrippe zu behaupten, das ist nach wie vor die Grundlinie der Politik der Stalinparasiten. -

Deutschland wird nach wie vor als Raub- und Schacherobjekt behandelt. Für die grenzenlose Not der deutschen Arbeiter, dieser Hauptopfer des Nationalsozialismus und des Krieges, haben die Sieger im besten Fall paar hohle Phrasen und manchmal etwas Bettelsuppe. Das "Volksrecht" hat nicht einmal das. Um das Ausrauben, Versklaven der deutschen Arbeitermassen durch die siegreichen Räuber zu "rechtfertigen", versteigt sich dieses Blatt des "humanitären" "Sozialismus" zu folgender schamloser, nationalistischer Hetze: "Die Deutschen (also auch die deutschen Arbeiter!) haben Wind gesät, sie ernten nun den Sturm... Vielleicht war diese grausame Lehre für die Deutschen (also auch für die deutschen Arbeiter!) notwendig...". Während das "Volksrecht" so die Verbrechen der Siegerbanditen gegen die deutsche Arbeiterklasse gutheisst, beschönigt (Jan.), gegen die selbe deutsche Arbeiterklasse, die - der zeitlichen Reihenfolge nach - in erster Linie durch die Schuld der Sozialdemokratie unter die faschistischen Räder kam, durch die sozialdemokratische Politik der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie gegen die Massen, eine Politik, welche die Schweizer Sozialdemokratische Partei auch heute weiter betreibt, preist dasselbe "sozialistische" Blatt (27., 28., 29.1.) den sozialdemokratischen Schurken Otto Braun in den Himmel; denselben Otto Braun, der als einer der obersten Führer des Koalieren mit der Bourgeoisie, nationalbeschränkte, antiproletarische, antirevolutionäre Politik betrieb und so durch die ganzen Jahre der Bourgeoisie half, die deutsche Arbeiterschaft zu zermürben, zu lähmen; denselben Otto Braun, der als Ministerpräsident von Preussen 1932 gegen den Staatsstreich Papens kampflos kapitulierte, der samt seinen sozialdemokratischen Innenminister Severing einer der Hauptschuldigen ist an der Katastrophe der deutschen Arbeiterklasse.

Deutschland darf kein ernster Konkurrent mehr werden

auf den Weltmarkt - darauf in erster Linie gehen die Siegerimperialisten aus. Darum soll Deutschland einen Teil seines Gebietes verlieren. Darum soll das Ruhrgebiet unter "internationale Kontrolle" kommen, d.h. unter die Kontrolle des angelsächsischen Kapitals. Darum haben sie einen bedeutenden Teil der deutschen Industriebetriebe zerstört (unter dem heuchlerischen Titel der "Entwaffnung"). Von den Unternehmungen, die sie bestehen lassen, haben die amerikanischen und englischen Kapitalisten vielfach die Aktienmehrheit so oder so an sich gebracht. Sehr viele Wirtschaftsbetriebe in Deutschland sind von jetzt an in Wirklichkeit amerikanische oder englische Unternehmungen. Die deutschen Mitunternehmer werden herangezogen, nehmen an Profit teil, aber Kommando und Hauptprofit bleiben in angelsächsischkapitalistischen Händen. Soweit den deutschen Unternehmern Betriebe bleiben, wird ihnen die Bildung von Kartellen, Trusts, Konzernen untersagt, während die Kapitalisten aller Länder, insbesondere in USA und England, sich erst recht zu noch stärkeren Kartellen, Trusts, Konzernen zusammenschließen als bisher. Schließlich soll Deutschland eine solche politische Gliederung auferlegt werden, die es als Konkurrenz möglichst schwächt.

In diesem Rahmen halten die Siegerimperialisten der deutschen Bourgeoisie nach wie vor die Chance offen, sie (richtiger: die deutschen Massen unter Deutschkapitalistischer Führung) als Stornbock für angelsächsisch-imperialistische Rechnung gegen die SU zu schleudern, gegen eine gewisse Milderung der Friedensbedingungen. Gegenwärtig, da das Stalinregime zu einer gewaltigen Teilkapitulation bereit ist, stellen die angelsächsischen Imperialisten diese Kriegsperspektive propagandistisch in den Hintergrund, aber die praktischen Vorbereitungen dazu betreiben sie konsequent, energisch weiter. Es geht im besten Fall um ein Verlängern der gegenwärtigen Zwischentappe, um ein zeitweiliges Hinausschieben der Schlusstappe des zweiten imperialistischen Weltkriegs.

In Ruhrgebiet sind am 31.1. die Arbeiter in vier Kohlengruben in Streik getreten; sie fordern höhere Brotzuteilung für sich und ihre hungernden Familien. Ihre schreckliche Not zwingt die deutschen Arbeiter, trotz alledem und alledem, den Weg des Kampfes zu betreten. -

Die "Entspannung", d.h. die Kapitulationsbereitschaft des Stalinregimes, wirkt sich aus in allen Sphären der Weltpolitik. So besonders in Frankreich und Italien. Die Bourgeoisie beider Länder bewegt sich den Wesen nach auf der weltpolitischen Linie des angelsächsischen Imperialismus, d.h. in Richtung auf die allimperialistische Front gegen Sowjetrussland; soweit die französischen und italienischen Kapitalisten "zögern", heisst dies den Wesen nach nur, dass sie für ihr Mittun einen höheren Preis für sich herauszuschlagen suchen. In beiden Ländern geht die Bourgeoisie darauf aus, die Stalinrussische Partei aus der Regierung auszuschalten. Sie wollten das jetzt schon durchführen. Infolge der Kapitulationsbereitschaft Stalins konnten sie das desto eher verschieben, als auf den Wink des kapitulationsbereiten Krenl die Kapitulationsbereitschaft der französischen und italienischen Stalinfiliale sprunghaft wuchs. In beiden Ländern waren, sind sie bereit mit gemindertem Regierungseinfluss in die kapitalistische Staatsspitze einzutreten, um der Bourgeoisie gegen die Arbeitermassen zu helfen. Um jeden Preis in der Bourgeoisie Regierung sitzen, um eine Politik gegen die russischen Stalinparasiten möglichst zu erschweren - das ist die Linie der Stalinparteien in den kapitalistischen Ländern. Um jeden Preis: das heisst durch Verrat, Preisgeben der Lebens-, Aufstiegsinteressen der Arbeitermassen!

In Frankreich benützte die Bourgeoisie ihren Blum-Scheidemann, ihre "Sozialistische" Partei, um bereits ohne die Stalinpartei zu regieren. So gut besorgte die "Sozialistische" Partei Frankreichs die Geschäfte der Kapitalisten, dass die stärkste kapitalistische Partei, das klerikale MRP für Auriol-Ebart als Präsidenten der Republik und mit vollem

Ernst für das Fortsetzen dieser "sozialistischen" Regierung eintrat!... Allein die Stalinpartei erklärte sich zu allen und jedem bereit, um ja nur in der Ausbeuterregierung mitarbeiten zu können. Sogar die Schnach schluckte sie, dass die Funktion des Landesverteidigungsministers jeder wirklichen Macht entkleidet und dann erst einem Stalinbürokraten "eingeräumt" wurde. Aber, trösteten sich die stalinbürokratischen Lumpen, so sei wenigstens der Beweis geliefert, dass die Bourgeoisie die Stalinpartei als "national" zuverlässig ansehe, d.h. als eine dem französischen kapitalistischen Staat voll ergebene Partei...

Doch die wirklichen Schwierigkeiten beginnen jetzt. Das Blumsche "Experiment" hat sich sehr schnell als blanker Schwindel erwiesen. Die Bourgeoisie antwortet auf das 5%ige Herabsetzen der Preise mit dem Lieferstreik. Paris, die grossen Städte, sind in einer wahren Versorgungskrise, die am schwersten die wirtschaftlich Schwächsten trifft, die Arbeiter, die Angestellten, die niederen Beamten. Die Löhne sind weit zurück hinter den Lebenskosten. Die blanke Not treibt die Arbeiter in den Kampf um höheren Reallohn. SP, KP, Gewerkschaftsbürokratie aber sitzen in der kapitalistischen Koalitionsregierung gerade zu dem Zweck, um der Bourgeoisie zu helfen auf Kosten der Massen. Jetzt beginnt in Frankreich die Phase, wo die Taten der Verratsparteien und der Gewerkschaftsbürokratie in immer krassern, handgreiflicheren Widerspruch geraten werden mit den allerdringendsten Lebensinteressen immer grösserer Massen. Immer grössere Massen werden sich von ihnen abwenden, werden sich gegen sie kehren, werden die Massen die revolutionäre Führung finden, so wird die revolutionäre Gegenoffensive immer mehr entfalten, den revolutionären Vormarsch organisieren, verwirklichen - versagt die Revolutionspartei, so wird die Gegenrevolution der Gewinner sein.

Ähnlich in Italien. Die Dollarimperialisten haben der italienischen Bourgeoisie den Rücken gesteuft. Beiden zusammen gelang es, die italienische SP zu spalten. Die Rechts"sozialisten" um Saragat treten zwar noch nicht in die kapitalistische Regierung, aber jetzt schon erleichtern sie es der Kapitalistenklasse Italiens, die stalinrussische Partei und die linken "Sozialisten" (Nenni) mit gemindertem Einfluss vor den kapitalistischen Regierungskarren zu spannen: sie sollen noch gründlicher als bisher mithelfen, die Bourgeoisie auf Kosten der Massen zu sanieren. So soll ihr Masseneinfluss geschwächt werden. Nach getanem Dienst sollen sie dann aus der Bourgeoiseregierung hinausgeschleudert werden. Diejenigen "Sozialisten", die fest zum angelsächsischen Imperialismus halten, werden dann von der Bourgeoisie bis auf weiteres noch als "regierungsfähig" (als fähig zum Regieren gegen die Massen, nötigenfalls zum Kriegführen gegen die SU) betrachtet, behandelt werden. Nach getanem Dienst werden dann auch sie den Fusstritt erhalten.

Nur die proletarische Revolutionspartei vermag den Dingen eine Wendung zu geben. Sie muss den Kampf für die dringendsten Interessen der Massen konsequent verknüpfen mit der revolutionären Kritik, Propaganda für die revolutionären Endziele. So und nur so wird sie die Massen in die Richtung auf die proletarischdemokratische Revolution mobilisieren. Andernfalls würden die Massen immer mehr erlahmen, immer apathischer werden, würden die Dinge in Italien - das Gleiche gilt für Frankreich - denselben Weg gehen, in etwas veränderter Form, wie in Deutschland 1918-1933.

Die Zahl der Arbeitslosen in Italien ~~Italien~~ ist bis Ende Dezember auf 2.090.000 angewachsen (N.Z.Z., 3.2. Morgenausgabe). -

In Spanien beginnt die Bourgeoisie zu geraten. Die Streiks...

3.2.1945.

A.R.